



Politischer Newsletter der SV am Katharineum

7. Ausgabe - auch online unter <https://politiknewsletter.eu/>

13. Mai 2021

Für mehr politische Bildung an unserer Schule!

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Kurzmeldungen	3
Kategorie: Lokales	4
Ein Theater in der Pandemie	4
Kategorie: Innenpolitik	5
Der (Berliner) Mietendeckel – Versuch einer Übersicht oder auch FAQ zur Wohnungspolitik in Deutschland	5
Eine neue Form des Extremismus „Querdenken“	11
Kategorie: Außenpolitik	11
USA lassen den Impfstoff von BioNTech/Pfizer für 12- bis 15-Jährige zu	11
Corona in Indien – wie konnte es zur Katastrophe kommen?	12
Impfstoff-Patente und die Verantwortung des Westens	14
Kategorie: Wirtschaft	15
Die globale Mindeststeuer - das Ende der Steueroasen?	15
Kategorie: Diverses	16
Die „European Super League“: Geld gegen Tradition	16
Konsumverhalten – Begierde, Einfluss und Umgang	19
Empfehlungen der Woche	24
Ihr seid gefragt!	24
Impressum	24
Quellen	24

Kurzmeldungen

folgen

Kategorie: Lokales

Ein Theater in der Pandemie

Von Carlos Krieger

Freitag, 13.03.2020, Beckergrube 16, 23552 Lübeck

Zu dieser Zeit, an diesem Ort, sitzen knapp 300 Kunstschaaffende gespannt an den Nachrichtenkanälen und wollen wissen, was das Ministerium, reagierend auf die ansteigenden Corona-Infektionszahlen, zum fortlaufenden Spielbetrieb auf den drei Bühnen ihres Theaters in Lübeck beschließt. Es heißt, dass das Theater bis auf weiteres den gesamten öffentlichen Spielbetrieb für den Rest der Spielzeit 2019/20 beenden muss. Für Andreas Hutzel, Robert Brandt und den Rest des Schauspiel-Ensembles, ist das die Nachricht, die sich keiner hätte ausmalen können. Nicht spielen zu dürfen scheint für jede/n Schauspieler*in, das Aus, vor allem für die knapp 11.000 freischaffenden Künstler, die sich nicht zu den Mitgliedern eines festen Ensembles zählen können. Proben werden unterbrochen, Einnahmequellen versiegen und die Pandemie steht vor der Tür. Ähnlich geht es den Schülern, die ebenfalls an diesem verhängnisvollen Freitag den 13. die Nachricht bekommen, dass sie voraussichtlich erstmal nicht zur Schule gehen werden, was sich auch bis zum Beginn der Sommerferien bestätigt.

Was nun eine Spielpause zu bedeuten hat, konnten sich die wenigsten am Theater Lübeck vorstellen. Vom 13.03.2020 bis zum 28.08.2020 hieß es, Ruhe bewahren und Planen, wie ein Hygiene-Konzept und die Kontakt-Nachverfolgung an einem Theater aussehen könnten, um das Spielen während Corona zu ermöglichen. Nach

vielen organisatorischen Herausforderungen und wahren Existenzängsten, kam es dann doch zur einer Premiere und dem Spielzeitauftritt 2020/21. Anders war, dass nur ungefähr 200 anstatt der gewöhnlichen 800 Zuschauer in den Rängen sitzen durften, da durch das Hygienekonzept sowohl Sitzreihen als auch Plätze freigehalten werden mussten und ein „Toi, Toi, Toi“ am Ohr des Kollegen war ebenfalls nicht drin. Dieses Szenario zog sich durch die gesamte Spielzeit 2020/21, in der fünf Produktionen, mit Corona konformen Inszenierungen, zur Premiere kamen, bis der zweite Lockdown am 1. November dem Theater und vielen anderen Branchen wieder einen Strich durch die Rechnung machte und die Vorhänge bis Heute geschlossen hält. Zusammengefasst wurden dem Theater Jahr 2020 also vier Monate des gewöhnlichen Spielbetriebs genommen, bestehende Spielpläne mussten wortwörtlich verworfen werden und die Aufführungen, die stattfanden, konnten nur vor einem Viertel des Publikums gespielt werden.

Nach nunmehr fünf weiteren Monaten der leeren Publikumsränge steht nun ein weiterer Neuanfang in Aussicht. Die Lübecker Bucht wurde nach einem Antrag zu einer der Modellstandorte in Schleswig-Holstein ernannt, wodurch Tourismus, Kultur und Einzelhandel wieder ihre Türen öffnen durften. Auch der theaterinterne Probenbeginn wurde durch eine raffinierte Teststrategie, ähnlich wie in den Schulen, seit Mitte März wieder ermöglicht, um den Auftakt am 15.05.2021 zu garantieren. Schon jetzt hat sich das Theater durch zwei online Vorstellungen bemerkbar gemacht und hat gezeigt, dass die Schauspieler*innen nicht alles verlernt haben.

Auch für die junge Generation ist das Theaterspiel in diesem Jahr am Lübecker Theater interessant, da

es sich mit Themen auseinandersetzt, die für uns alles andere als fremd sind. Stücke wie „Ghetto“ und „Vögel“, die sich unter anderem mit dem Leben in einem Ghetto unter der NS-Diktatur und dem liberalen Wunsch einer jungen arabischen Frau nach Selbstbestimmung auseinandersetzen. Fakt ist, dass Andreas Hutzel, Robert Brandt & Co das

Spielen vor Publikum sehnlichst vermissen, so wie es den Schülern fehlt, zwei aufeinanderfolgende Wochen Unterricht in Präsenz zu haben, und es nicht erwarten können, in weniger als zwei Wochen mal wieder eine richtige Premiere vor Publikum zu genießen.

noch verstärkt: In Berlin zum Beispiel wohnen ca. 80 % der Menschen zu Miete.

Woran liegt das Problem?

Der deutsche Wohnungsmarkt ist ein überwiegend nach den Prinzipien der freien Marktwirtschaft funktionierender Markt, auf dem vor allem private Anbieter agieren. Das heißt, dass das Prinzip des Zusammenspiels von Angebot und Nachfrage greift und somit bei geringer Nachfrage und großem Angebot der durchschnittliche Preis niedrig ist (Hoffnung auf höhere Attraktivität, noch höhere Preise würden noch mehr Menschen abschrecken), bei hoher Nachfrage und geringem Angebot ist der Preis jedoch hoch. Wenn sich mehrere Dutzend Menschen auf eine Wohnung bewerben, wird sich auch bei einem etwas höherem Mietpreis ein*e Mieter*in finden. Wie dieses Prinzip den Wohnungsmarkt innerhalb eines sehr kurzen Zeitraumes radikal verändern kann, sieht man an Standorten mit stark gesteigertem Zuzug: an Städten mit aufstrebenden Universitäten oder einer florierenden Wirtschaft zum Beispiel.

„Überwiegend freier Markt“? Was tut denn der Staat?

Aus dem Sozialstaatsprinzip ergibt sich eine gewisse Verantwortung des Staates, jedem*r Bürger*in ein würdiges Leben, sprich auch einen angemessenen Wohnort, zu garantieren. Ist ein

Kategorie: Innenpolitik

Der (Berliner) Mietendeckel – Versuch einer Übersicht oder auch FAQ zur Wohnungspolitik in Deutschland

Von Hangzhi Yu

Was ist das Problem?

Wer sich in Deutschland auf die Suche nach einer neuen Wohnung macht, stößt auf ein knappes und teures Angebot. Im Bundesschnitt bezahlt man zwar seit dem Jahrtausendwechsel prozentual gesehen nicht signifikant mehr von seinem Einkommen für eine gemietete Bleibe, Inflation eingerechnet, in beliebten Städten häufen sich jedoch die Probleme und Mieten steigen überproportional bzw. sind bereits überproportional hoch. In München liegt die Kaufkraft - heißt, das tatsächlich zur freien Verfügung stehende Geld - zum Beispiel 34 % über dem Bundesschnitt, die Nettokaltmieten aber dafür 138 % (Stand: 2019). In anderen schnell wachsenden Städten wie Berlin findet sich das gleiche Problem wieder. Gerade Geringverdienende geben einen stetig wachsenden Anteil ihres zur Verfügung stehenden Einkommens für die Miete aus; der Anteil derjenigen, die Was das Problem

Mensch nicht in der Lage, die Miete einer auf dem freien Markt angebotenen Wohnung zu zahlen, so hilft der Staat mit diversen Maßnahmen nach:

- Die einfachere Lösung: Das **Wohngeld**

Der Grundgedanke des Wohngeldes ist simpel: Menschen, die ein vergleichsweise niedriges Einkommen zur Verfügung haben, wird ein staatlicher Zuschuss gezahlt, der sich in seiner Höhe nach der jeweiligen Miete, dem Einkommen und anderen Faktoren richtet. Einige Sozialleistungen, wie zum Beispiel das unter Hartz IV bekannte ALG II, beinhalten schon einen Teil, der für die Finanzierung einer Unterkunft gedacht ist, an Empfänger*innen solcher Leistungen wird kein Wohngeld gezahlt.

- Der Staat greift in das Angebot ein: **Sozialer Wohnungsbau und Kommunaler Wohnungsbau**

Der Soziale Wohnungsbau bezeichnet die aktive staatliche Förderung von diversen Wohnungsbauprojekten, zum Beispiel durch eine Gewährung von Darlehen an meist private Unternehmen. Die so geschaffenen Wohnungen bezeichnet man umgangssprachlich als Sozialwohnungen und können nur nach Bedarfsprüfung (auf finanzieller Basis) mit einem sogenannten Wohnberechtigungsschein (WBS) angemietet werden. Für sie gilt eine Obergrenze für die Mietkosten. Auf diesem Wege wurden bereits viele Viertel in ganz Deutschland gebaut.

Wenn Firmen, die dem Staat (in der Regel der jeweiligen Kommune) gehören, selber

Wohnungen bauen und vermieten und somit auf dem gleichen Markt wie private Firmen agieren. So kann noch direkter in das Angebot eingegriffen werden. Je nach Kommune gehören kommunale Wohnungsgesellschaften zu den größten auf dem Markt befindlichen. Ihre Mietpreise unterwerfen sich nicht komplett den Gesetzen des freien Marktes; die getätigten Investitionen und Bauvorhaben lassen sich auch aus einer sozialstaatlichen Perspektive und damit mit der Politik der jeweiligen Regierung begründen.

- Weist Ähnlichkeiten zum Mietendeckel auf: Die **“Mietpreisbremse”**

Seit 2015 gilt die Mietpreisbremse als Bundesgesetz. Sie zielt auf eine gezielte Regulierung der Mietpreise in Härtefällen durch die Länder; wenn also ein Land begründet vorlegen kann, wieso in einem Kreis die Wohnungssituation besonders kritisch ist (zum Beispiel deutlich schnellerer Anstieg der Preise als im Bundesschnitt oder auch eine sehr geringe Leerstandsquote), dann kann eine Mietpreisbremse verordnet werden. In den folgenden maximal 5 Jahren dürfen Mieten bei Neuvermietungen nicht mehr als 10% über dem sogenannten Mietspiegel liegen, der quasi den durchschnittlichen Preis bei vergleichbaren Wohnungen in der Gegend angibt. Wurde eine jährliche um einen festgelegten Beitrag steigende Miete (Staffelmiete) vereinbart, so darf diese niemals über den obigen Wert liegen, bei an der allgemeinen Inflation orientierten Mietenmodellen (Indexmiete) allerdings schon.

Was ist der Mietendeckel?

Der Mietendeckel ist, wenn man so will, eine Art verschärfte Mietpreisbremse aus der Feder der linksgeführten Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (Äquivalent zu Ministerium). Möglich gemacht wurde sie durch die regierende Koalition aus Linken, Grünen und SPD, die mit ihrer Mehrheit im Berliner Landesparlament das Gesetz durchgebracht haben. Wie der Name suggeriert, setzt er einem Großteil der Mietverhältnisse in der Hauptstadt tatsächlich einen starren Deckel auf. Dabei wird mit zwei Regeln gedeckt:

- **Mietenstopp**

Alle Mieten wurden auf den Stand vom 18. Juni 2019 eingefroren. Mietpreiserhöhungen im Rahmen sowohl der Staffelmiete als auch der Indexmiete bleiben untersagt. Ab 2022 sollen durch die Inflationsrate und einem Höchstsatz von 1,3 % pro Jahr begrenzte Preiserhöhungen möglich werden.

- **Mietenobergrenzen**

Die Senatsverwaltung hat den vorhandenen Wohnbestand anhand objektiv bestimmbarer Merkmale wie Baujahr und Sanierungsstand, zum Beispiel das Vorhandensein einer Zentralheizung o. Ä. in 12 Kategorien eingeteilt, denen eine feste Preisobergrenze pro Quadratmeter zugewiesen wurde. Diese Grenze entspricht annähernd dem jeweiligen Mietenspiegelwert von 2013 und variiert noch um geringfügige Beträge abhängig vom Standort.

Diese Regelungen gelten sowohl für bestehende Mietverhältnisse als auch für neu dazukommende; wem die Wohnung gehört, ist egal. Einzig nach 2014 gebaute Wohnungen sind ausgenommen.

Auch die häufig als Problem kritisierte relativ unbegrenzte Umlagerung von Sanierungskosten auf Mieter*innen wurde vom Mietendeckel-Gesetz auf 1€/Quadratmeter/Monat begrenzt.

Wie sieht es rechtlich mit dem Mietendeckel aus?

Direkt nach der Vorstellung des Mietendeckels kamen von vielen Seiten, insbesondere von Vermieter*innen sowie wirtschaftsliberal ausgerichteten Parteien, erhebliche Zweifel an seiner Rechtmäßigkeit auf. Zum Beispiel wurde kritisiert, dass das Land Berlin mit einem solchen Gesetz seine Kompetenzen überschreite, sprich Dinge regelt, die im Einflussbereich einer übergeordneten Verwaltungseinheit, hier dem Bund, liegen. Der habe nämlich mit seinen bereits erfolgten Gesetzen zur Regulierung der Mietpreise (s. o.) die Sache abschließend geregelt. Bereits in der Diskussion herrschte zu diesem Thema keine einheitliche Meinung in der Rechtswelt; verschiedene Gutachten sahen die Gesetzgebungskompetenz an verschiedenen Stellen.

Was sind die akuten, realen Folgen des Mietendeckels?

Jetzt kommt der schwere Part. Der Mietendeckel gilt erst seit circa zwei Jahren, viele Folgen werden sich erst langfristig zeigen bzw. hätten sich erst langfristig gezeigt. Generell kann aus Mieter*innensicht gesagt werden, dass sich für die allermeisten eine Mietensenkung eingestellt hat. So ist innerhalb eines Jahres nach Einführung des Mietendeckels die durchschnittliche Kaltmiete um

8 % gesunken - einzigartig für eine deutsche Großstadt. Zwischen den Bezirken und aufgrund der hohen Schwankung der Mietpreise waren jedoch auch Mietpreissenkungen bis zu 50 % zu beobachten. Ein häufig kritisiertes Phänomen war, dass die Vergünstigungen nicht zwischen bereits Wohlhabenden und Ärmeren unterschied; so konnte für Menschen, für die die eigene Miete keinen besonders großen Teil am verfügbaren Einkommen ausmachte, die Miete stärker sinken als für solche, die auch vorher einen großen Teil ihres dürftigen Einkommens für Wohnungskosten ausgegeben haben. Festgehalten werden muss aber, dass Ärmere durchaus auch in größeren Maßen profitiert haben; insbesondere, wenn sie in einem deutlich überteuerten Mietvertrag steckten.

Ohnehin lag auf dem ersparten Geld ein Schleier der Unsicherheit: Von Anfang an bestanden Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Mietendeckels, sodass das Land Berlin allen betroffenen Mieter*innen riet, den vermeintlich gesparten Teil als Rücklage zu behalten. Denn sollte das Gesetz zum Beispiel durch das BVerfG für nichtig und damit ungültig erklärt werden, so gilt dies auch für den Zeitraum, in dem es eigentlich gültig war und Vermieter*innen haben ein Recht darauf, die relativ zum ursprünglichen Mietvertrag weniger gezahlte Summe zurückzufordern. Dieses Vorgehen erforderte natürlich von den jeweiligen Mieter*innen eine gewisse Disziplin, sodass jene, die dem nicht gänzlich Folge geleistet haben, im Falle einer Rückzahlung eine vergleichsweise hohe Einmalsumme erbringen müssen.

Weiter berichteten einige Vermieter*innen, dass aus ihrer Sicht eine Neuvermietung einer vom Mietendeckel betroffenen Wohnung nicht rentabel scheine. In diesem Sinne wurden im erhöhtem Maße Mietwohnungen in Eigentumswohnungen

umgewandelt und möglicherweise mehr Leerstand akzeptiert, teilweise, um eine Entscheidung des BVerfG abzuwarten. In diesem Punkt gilt in Berlin jedoch ein Verbot jeglichen Leerstandes über einen Zeitraum von über 3 Monaten, sodass die Problematik sich in Grenzen halten sollte.

Allgemein erwartet wurde eine Verknappung des Wohnraummarktes in Berlin. Die Anziehung auf potenziell Zuzugswillige durch niedrige Preise und somit die Konkurrenz unter diesen Menschen könnten steigen, wodurch kombiniert mit nicht signifikant gesteigertem Neubau die Situation für Zuziehende, wie zum Beispiel Studierende, verschärft wurde. In Berlin hat sich so die Anzahl der angebotenen Wohnungen im ersten Jahr halbiert, wohingegen diese Zahl bei anderen Großstädten tendenziell leicht gestiegen ist. Von wirtschaftswissenschaftlicher Seite wird vermutet, dass der Wachstum an privatwirtschaftlich getragenen Neubauwohnungen in den nächsten Jahren noch weiter abgesunken wäre; einerseits wegen der in diesem Bereich eher träge arbeitenden Berliner Behörden, andererseits wegen dem verglichen mit anderen Regionen geringen zu erwarteten Gewinn.

Die drastisch verkürzten finanziellen Mittel für die Sanierung von Wohnungen sowie die Unmöglichkeit, solche Kosten auf die Mieter*innen durch eine Mieterhöhung im kostendeckenden Maße umzulagern, führten zu einem Rückgang an solchen Investitionen in den Bestand. Vermieter*innen haben bisher insbesondere aus Gründen der Bestanderhaltung und der Aufwertung und damit der potenziellen Erhöhung der Gewinne saniert; das jetzt fehlende Kapital entzieht dem Ganzen die nötige Motivation.

Was ist jetzt beim BVerfG passiert?

Die Bundestagsfraktionen der CDU/CSU und FDP haben im Mai 2020 ein sogenanntes "abstraktes Normenkontrollverfahren" beantragt, bei dem die generelle Rechtmäßigkeit eines bestimmten Gesetzes geprüft wird. Als Ergebnis hat das BVerfG am 25. März 2021 geurteilt, dass über in dieser Frage der Bund mit seiner Mietpreisbremse bereits abschließend ein Gesetz erlassen hat; eine weitere Gesetzgebung durch die Länder ist somit ausgeschlossen. Der eigentliche Inhalt des Mietendeckelgesetzes wurde gar nicht erst geprüft, da der formale Teil vorher begutachtet wird und sich dort schon der verfassungswidrige Aspekt fand. Das Gesetz wurde also außer Kraft gesetzt.

Was sind die Folgen dieser Entscheidung?

Wie bereits erwähnt, müssen Mieter*innen jetzt damit rechnen, dass hohe Einmalzahlungen auf sie zukommen. Einige Wohnungsunternehmen haben bereits angekündigt, dass sie diese aus vermeintlich sozialen Gründen reduzieren oder gar erlassen wollen; Fakt ist auch, dass der Einkommensverlust bei Großwohnungsunternehmen im letzten Jahr nicht signifikant gefallen ist und sie sich solche Maßnahmen quasi leisten können. Die Berliner Regierung hat angekündigt, allen Sozialleistungsbeziehenden und zusätzlich vielen anderen finanziell Schwächeren diese Kosten zu erstatten, sodass keine Einmalbelastung gerade in diesen finanziell kritischen Zeiten auf sie zukommt. In Berlin gilt nun bis auf Weiteres das normale Bundesrecht mit der bereits erlassenen Verordnung im Rahmen der Mietpreisbremse, jegliche Veränderung dieser Umstände - das ist klar - muss jetzt auf Bundesebene geschehen.

Kurzfristig ist in Berlin nun mit wachsenden Mieten zu rechnen.

Die jetzige Bundesregierung sieht den Handlungsbedarf durch ihre bestehenden Maßnahmen weitestgehend erfüllt und wird mit hoher Wahrscheinlichkeit keine Schritte einleiten, die dem Mietendeckel ähnlich sind.

In Berlin bekommen Initiativen nun an Zuspruch, die teils noch radikalere Lösungen fordern. So tritt besonders "Deutsche Wohnen und Co. enteignen!" prominent hervor, eine Volksinitiative, die aktuell Unterschriften für einen Volksentscheid über die Enteignung aller großen (mehr als 3000 Wohnungen) Wohnungskonzerne in Berlin sammelt und aktuell auf einem erfolgreichen Kurs zu sein scheint. Sie ist der Ansicht, dass nur durch eine direkte staatliche Kontrolle großer Teile des Wohnungsmarktes und somit das Ausbleiben von Gewinnstreben eine sozial verträgliche Gestaltung der Wohnungspreise zu erreichen ist und wird in diesem Gedanken aktuell von den Landesverbänden von B90/Grüne und den Linken unterstützt. Das Grundgesetz ermöglicht in §15 Enteignungen von Privateigentum, wenn ein Gesetz eine angemessene Entschädigung regelt. Kombiniert mit dem in der Berliner Landesverfassung gewährtem Recht auf angemessenen Wohnraum sieht die Initiative hier eine Notwendigkeit staatlichen Handelns.

Der Ausblick auf den anlaufenden Bundestagswahlkampf heizt die Debatte über ähnliche Regulationen auf Bundesebene besonders stark an. Da die grundsätzliche Idee des Mietendeckels sowohl in Berliner als auch in bundesweiten Umfragen unter der Bevölkerung mehr Zustimmung als Ablehnung (in aktuellen Umfragen knapp über 50 % zu der Frage, ob ein Bundesgesetz zur potenziellen Einführung von regional beschränkten Mietendeckeln), wird er auf jedem Fall ein wichtiges Thema bleiben.

Interessanterweise spricht sich auch ein nicht unrelevanter Teil der Vermieter*innen für einen Mietendeckel aus, zuletzt circa ein Drittel.

Ob ein ähnliches Instrument nun auf Bundesebene nun geschaffen werden soll, polarisiert nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die deutsche Parteienlandschaft. Die wirtschaftsliberalen Parteien CDU/CSU, FDP und AfD lehnen den Mietendeckel partout ab. Der freie Markt sei durch ihn bedroht, und insbesondere kleine Kapitalanleger*innen müssten einen Wertverlust ihrer Anlageimmobilien erdulden und ein erster Schritt zu Enteignungen (Senkung der Entschädigungen) werde getan. Ein genereller Investitionsrückgang und dadurch ein langsamer zunehmendes Angebot werden befürchtet, genauso wie eine kritische Lage bei den Sanierungen. Der Mietendeckel stelle also eine Bedrohung für ärmere Wohnraumsuchende dar - diese Parteien stellen es zumindest so da, dass sie an sich eine sozial verträgliche Wohnraumpolitik unterstützen, diesem Ziel aber mit dem Instrument des Mietendeckels aber nichts Gutes getan würde. Stattdessen helfe vor allem eine Beschleunigung des (sozialen) Wohnungsbaues.

Die tendenziell linken Parteien sind außer den Linken in der Frage des Mietendeckels eher gespalten. Die SPD fordert in ihrem Programmentwurf, dass in Regionen mit besonders kritischer Wohnraumsituation alle Mieten, also auch die Bestandsverträge, die durch die Mietpreisbremse nicht abgedeckt sind, in ihrer Steigung durch die Inflationsrate gedeckelt werden können, sprich, die Miete quasi nur um den Prozentsatz der Inflation teurer werden und rechnerisch im Verlauf der Jahre für die Mieter*innen keine zunehmende Belastung darstellen darf. Die Bundesgrünen haben sich

kritisch zu einem Mietendeckel nach Berliner Modell geäußert; ihr Programmentwurf enthält bisher Forderungen nach Obergrenzen für Bestandsmieterhöhungen von 2,5 % des örtlichen Mietspiegels, auch soll die bestehende Mietpreisbremse verschärft und entfristet werden. Parteiintern gibt es bei beiden Parteien Gruppierungen wie bei den Grünen der Berliner Landesverband oder bei der SPD ihre Jugendorganisation, die Jusos, die einen Deckel fordern, sich damit aber noch nicht durchgesetzt haben. Da bei den Grünen das endgültige Programm noch nicht beschlossen ist, kann man ihre Haltung noch nicht mit Sicherheit festsetzen, es liegen Änderungsanträge zu diesem Thema vor. Die Linken fordern in ihrem ebenfalls noch nicht beschlossenen Entwurf zum Wahlprogramm jedoch einen Mietendeckel nach Berliner Vorbild. Auch sprechen sie sich für Rekommunalisierungen aus.

Auch auf Seiten der Lobbyorganisationen tut sich ein Graben zwischen den Mieter*innenvertretungen in Form des Deutschen Mieterbundes und den Interessensvertretungen der Immobilienwirtschaft (z. B. der BFW - Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen) auf.

Sicher ist: Im Wahljahr 2021 wird die Wohnungspolitik eine besondere Stellung einnehmen und das Ergebnis der Bundestagswahl wohlmöglich weitreichende Änderungen in diesem Bereich nach sich ziehen. Wichtig bleibt aber auch, in diesem Diskurs nicht zu vergessen, dass ein Mietendeckel, wenn überhaupt, nur eines von vielen Mitteln sein kann. Auch auf die weitere Behandlung des kommunalen und sozialen Wohnungsbaues sowie der verschiedenen Sozialleistungen wird es ankommen, um die

finanzielle Misere vieler Menschen beim Thema Wohnen zu beheben - ein Ziel, was alle einen sollte.

Eine neue Form des Extremismus „Querdenken“

Von Simon Fetscher

Dutzende von Demonstrationen ziehen sich seit Monaten über ganz Deutschland. Neben Hippies mit Trommeln, welche Tänze aufführen, laufen Rechtsradikale wie der NPD-Funktionär Udo Voigt, welcher Hitler eine „großen Staatsmann“ nannte, Seite an Seite im Kampf gegen die sogenannte „Coronadiktatur“.

Wie passt das alles zusammen?

Diese Frage beschäftigt auch die Institution, die die Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland und die freiheitlich demokratische Grundordnung beschützen soll, den Verfassungsschutz. Er stufte die gesamte Querdenkerbewegung als Beobachtungsfall ein. Das heißt, dass ab sofort Teile der Querdenken-Bewegung mit

nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet werden und auch die sogenannten V-Leute eingesetzt werden können.

Da aber, wie oben bereits angedeutet, sich die Querdenker nicht klar dem Rechtsextremismus zuordnen lassen, wurde beim Verfassungsschutz dafür eine neue Kategorie geschaffen: die der „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“. Das bedeutet auch, dass der Verfassungsschutz die Proteste nicht gesamt als von Rechtsextremisten gesteuert sieht.

Dieses Mischmasch verschiedener Positionen, die sich hinter dem Feindbild Merkel und Drostens sammeln, ist also eine neue Gefahr für die Demokratie. Gerade durch ihre schwere Fassbarkeit schafft Querdenken es, breite Teile der Gesellschaft zu erreichen und anschließend mit extremistischen Positionen zu verbinden.

Auswirkungen auf die Demonstrationen wird diese Beobachtung nicht haben und es ist auch klar, dass viele Menschen, die bei diesen Demonstrationen mitlaufen, keine Extremisten sind. Doch mit diesem Urteil hat der Verfassungsschutz klargestellt, mit wem sich verbrüdet wird, wenn man diese Demonstrationen besucht.

Kategorie: Außenpolitik

USA lassen den Impfstoff von BioNTech/Pfizer für 12- bis 15-jährige zu

Von Oskar Meier

Die US-Arzneimittelbehörde (FDA) hat den Corona-Impfstoff von BioNTech/Pfizer auch für Kinder und Jugendliche im Alter von 12 bis 15 Jahren zugelassen. Die Notfallzulassung, die es bis jetzt möglich machte, dass Menschen ab dem Alter von 16 Jahren mit dem Vakzin geimpft werden durften, sei dementsprechend angepasst worden.

Das Impfen von Kindern und Jugendlichen gilt als Essentiell zum Erreichen der sogenannten Herdenimmunität, die nach Schätzungen zwischen

ungefähr 70 und 90 Prozent Anteil der Geimpften in der Bevölkerung liegt. Zum Vergleich: In den USA haben etwa 46 Prozent der Bevölkerung mindestens eine Impfdosis erhalten.

Es sei, laut FDA-Chefin Janet Woodcock, ein „wichtiger Schritt“ im Kampf gegen die Pandemie, da nun auch ein Teil der jüngeren Bevölkerung gegen das Virus geimpft werden könne. Die Behörde appelliert an die Eltern und Erziehungsberechtigten, ihre Kinder impfen zu lassen und beteuert, dass eine strenge und umfassende Überprüfung aller verfügbaren Daten vorgenommen wurde.

Auch US-Präsident Joe Biden sprach von „einer vielversprechenden Entwicklung in unserem Kampf gegen das Virus.“ „Das Licht am Ende des Tunnels wächst, und heute wurde es ein wenig heller“.

Bei dem Zulassungsverfahren wurden 2000 Jugendliche zwischen 12 und 15 Jahren untersucht. Bei der Gruppe der vollständig geimpften Jugendlichen wurde keine einzige Infektion festgestellt, während es 18 in der Placebo-Gruppe waren.

Die USA ist nicht das erste Land, welches den Impfstoff für Kinder und Jugendliche im Alter von 12 bis 15 freigegeben hat, in Kanada kann das Vakzin schon seit dem 06.05 dieser Altersgruppe verabreicht werden.

Die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) könnte den Impfstoff wohl auch schon im Mai zur Impfung freigeben. Im Moment sei zwar noch eine Zulassung ab dem Monat Juni das Ziel, man versuche aber das Verfahren zu beschleunigen und noch Ende Mai fertig zu werden, so die Chefin der EMA, Emer Cooke. Bis jetzt ist das Vakzin in Europa

nur für Menschen ab dem Alter von 16 Jahren zugelassen.

Laut der klinischen Studie des Herstellers zeige der Impfstoff eine Wirkung von 100% in dieser Altersgruppe. Die Nebenwirkungen seien



vergleichbar von denen der Altersgruppe von 16 bis 25 Jahren: Leichte Schmerzen an der Einstichstelle, Fieber und Kopfschmerzen.

BioNTech und Pfizer untersuchen weiterhin die Wirksamkeit des Impfstoffs für Kinder im Alter von sechs Monaten bis elf Jahren, auch andere Impfstoffe werden auf eine Zulassung für Kinder und Jugendliche hin geprüft.

Corona in Indien – wie konnte es zur Katastrophe kommen?

Von Louisa van Wees

Die Bilder, die uns momentan aus Indien erreichen, zeigen ein Ausmaß der Corona-Pandemie, welches einer humanitären Katastrophe gleicht. Wir haben heute den 6. Mai 2021. In Indien wird täglich ein neuer Höchstwert an Neuinfektionen und Todesfällen gemeldet, zuletzt waren es 400.000 Neuinfektionen binnen 24 Stunden. Walter Lindner, deutscher Botschafter in Indien spricht im Interview mit der Welt von dramatischen Zuständen, zu wenig Ärzten, infizierten Pflegekräften und erstickenden Menschen vor überfüllten Krankenhäusern. Denn das Gesundheitssystem in Indien ist völlig überfordert und selbst denjenigen, die ein Krankenhausbett bekommen haben, kann oftmals nicht geholfen werden, da es an Sauerstoff und Beatmungsgeräten mangelt. Kurz gesagt erreicht die Corona-Pandemie in Indien eine Dimension von erschütterndem Ausmaß.

Dass die Situation so eskalieren konnte, ist jedoch kein Zufall. Indien als Land mit 1,4 Mrd. Einwohnern und Metropolen wie Neu-Delhi oder Mumbai, die zu den am dichtesten bevölkerten Städten der Welt zählen, ist ein Land großer Diversität. Die Spanne zwischen Arm und Reich ist gigantisch, hochentwickelten Technologiekonzernen steht extreme Armut und Wanderarbeit gegenüber. Achtzig Prozent der Menschen in Indien sind gläubige Hindus und das Kastensystem, welches sich auf den hinduistischen Glauben bezieht, ist zwar offiziell abgeschafft, doch die sozial exkludierenden Strukturen bestehen noch immer und erschweren den ehemals unteren Kasten den Zugang zu Bildung und gesundheitlicher Versorgung. Durch das Zusammenspiel der hohen Bevölkerungsdichte, einem schlechten Gesundheitssystem und der vielen Tagelöhner, deren Familien ohne tägliche Arbeit während eines

Lockdowns in extremer Armut leben, ist Indien von vornherein als sehr gefährdet einzuschätzen. So trafen auch die Maßnahmen der Regierung Indiens im letzten Jahr, die Ärmsten besonders hart. Tausende von Wander- und Saisonarbeitern blieb nichts anderes übrig, als zurück in ihre Heimatdörfer zu kehren. Die angekündigten Hilfen der Regierung in Form von finanzieller Unterstützung und Lebensmittelversorgung liefen viel zu langsam und in einem solch geringen Maße an, dass viele Familien Hunger leiden mussten. Vergleichsweise verlief diese erste Welle jedoch noch glimpflich und als sich Mitte September des letzten Jahres die Zahlen wieder senkten, atmete man zunächst auf. Doch die Regierung Indiens verpasste es, das Infektionsgeschehen weiterhin ernst zu nehmen und unter Premierminister Narendra Modi feierte die BJP, die national-hinduistische Volkspartei, das Virus als besiegt, Narendra Modi als „Visionär im Kampf gegen Corona“ und eröffnete im Januar 2021 das mehrere Monate dauernde Fest Kumbh Mela, zu dem jährlich Millionen von Pilgern zusammenkommen, um im Fluss Ganges zu baden.

Ein fataler Fehler, zumal Indiens Regierung zeitgleich begann die Exporte des Impfstoffs zu stoppen, sich also über das Infektionsgeschehen bewusst war. Zuvor hatte Indien als „Apotheke der Welt“ den Impfstoff Astra-Zeneca in großer Anzahl hergestellt und im Rahmen des Covax-Programms (Covid-19 Vaccines Global Access) in andere Länder an hoher Zahl exportiert, teilweise auch gespendet. Diese Lieferungen wurden im März vor allem in Westafrika erwartet, wo nicht nur Covid-19 sondern auch politische Konflikte und Vertreibung für eine Notsituation und drohende Hungerkrise sorgen. Ende März gab Indien dann bekannt, dass Exporte

des Impfstoffes bis Juni gestoppt werden, um das eigene Impfprogramm umzusetzen.

Doch dessen Fortschritt lässt auf sich warten und Mitte April erreicht die zweite Welle in Indien nach weiteren Massenwahlkampfveranstaltungen eine schwer aufhaltbare Wucht. Denn unter dem beginnenden Wahlkampf Narendra Modis vermittelte Indiens Regierung ein falsches Gefühl der Sicherheit. Auf einer Wahlkampfveranstaltung mit Tausenden Teilnehmern, trägt er selbst keine Maske und äußert sich erfreut über die große Menschenmasse, während sich bereits die Intensivbetten in der Hauptstadt verknappen. Nun mangelt es Indien selbst an Impfstoff, und nicht nur daran, auch Sauerstoff wird verzweifelt benötigt. Indien ist auf internationale Hilfslieferungen angewiesen, bisher jedoch gestalten sich diese Bemühungen als Tropfen auf dem heißen Stein.

Impfstoff-Patente und die Verantwortung des Westens

Kommentar von Simon Fetscher

Vor rund einer Woche macht Joe Biden einen überraschenden Vorschlag. Die Patente der Impfstoffe sollten freigegeben werden, um so eine schnellere globale Impfstoffproduktion zu ermöglichen. Die Idee wird immer noch heiß diskutiert. Dahinter steht jedoch eine viel größere Frage: die Frage der Glaubwürdigkeit der westlichen Demokratien.

Seit Beginn der Pandemie ist der Nationalismus wiedererstarkt. Zuerst einmal scheint dies völlig logisch. In einer Krise kümmern sich alle Staaten immer erst einmal um die Bürger, die sie gewählt haben und die sie vertreten. Doch Europa und Amerika gehen ein massives Risiko mit dieser Strategie ein.

Der Impfstoff ist das beste Beispiel für Abschottung und Protektionismus. Sehr wahrscheinlich wird er das einzige Mittel sein, mit dem die Pandemie zu beenden ist. Doch während in den USA schon 252 Millionen Corona Impfungen verabreicht wurden (Stand 07.05.2021), wurden in der Demokratischen Republik Kongo (Gesamtbevölkerung von 86,79 Millionen) ungefähr 1700 Dosen gespritzt.

Diese brutale Ungleichheit verursacht ein Problem und verstärkt ein zweites.

Zuerst einmal ist es offensichtlich, dass in Ländern mit wenig Impfungen und hohen Infektionszahlen ein Pool für Virusmutationen entstehen kann. Unsere schöne Impfquote bringt uns nichts, wenn eine Mutation die Wirkung der Impfstoffe beschränkt oder sogar verhindert. Wenn der Impfstoff aufgeteilt wird, kann so verhindert werden, dass mehr Hochinzidensgebiete entstehen und so Mutationen voranschreiten.

Das zweite Problem ist der extreme Verlust von Glaubwürdigkeit der westlichen und die Zunahme von Einflüssen der anderen Machtzentren. China exportiert mit seinem Impfstoff nicht nur Schutz vor Viren, sondern auch Einfluss. Es scheint das Credo, dass die reichen europäischen und amerikanischen Länder den schwächsten der Welt helfen, nie gegeben zu haben.

Moralisch gesehen ist dieser Mangel an Unterstützung eine Blamage. Die meisten Länder, die es sich leisten können, haben inzwischen mehr Impfstoff bestellt, als sie Bewohner haben. Der Schutz von anderen Menschenleben scheint zweitrangig.

Doch auch geostrategisch, wie oben bereits angedeutet, ist dies eine absolute Katastrophe. Russland schafft es, durch seine Impfstofflieferungen an einzelne Länder die EU zu spalten und sogar in Deutschland haben schon einige Länder Impfstoff bestellt. Und China gewinnt Einfluss in den afrikanischen Ländern. Dieser Kontinent wird in diesem Jahrhundert noch massiv wachsen und China kann es sich dank seines eigenen wirtschaftlichen Wachstums leisten, Hilfe zu schicken. Europa und die USA verlieren dadurch Einfluss und Glaubwürdigkeit. Der globale Systemwettstreit mit China ist schon in vollem Gange und aktuell verliert die westliche Welt.

Auch wenn nicht alle Einwohner der reichen Staaten massive Unterstützung befürworten würden, sollten sich Politiker im Namen von Menschlichkeit doch ab und zu über den sogenannten „Volkswillen“ hinwegsetzen. In der Angst vor Wahlen tut dies kaum einer. Kein Coronakranker in Indien wird ihn je wählen und Hilfe wird, wenn dann vor allem PR wirksam geleistet.

Die Freigabe der Patente ist also nur eine von vielen Debatten. Sie würde manche Probleme lösen und andere schaffen. Ein generelles Umdenken zu ernsthafter Hilfe wäre ein ganz anderes und notwendiges Signal, sowohl moralisch als auch geostrategisch.

Kategorie: Wirtschaft

Die globale Mindeststeuer - das Ende der Steueroasen?

Von Max Knopp

Nachrichten, dass große Konzerne und Superreiche durch sogenannte „Steuergestaltung“ jedes Jahr Milliarden sparen gelten heutzutage kaum noch als Neuigkeiten. Das „Netzwerk Steuergerechtigkeit“, eine Kooperation von Gewerkschaften, Verbänden und unterschiedlichen Organisationen, rechnet mit über 22 Milliarden Euro, die dem deutschen Staat durch Steuertricks jedes Jahr verloren gehen. Das wirkt nicht nur unfair für jeden, der am Ende des Monats zwangsläufig bis zu 42% seines Gehalts an den Staat abgibt, es verzerrt auch den Wettbewerb. Steueroptimierung ist teuer und lohnt sich häufig erst ab großen Gewinnen, sodass kleine und mittelständische Unternehmen gar nicht in den Genuss von Apple beispielsweise kommen, die jahrelang ihre Gewinne über Irland liefern ließen und somit nur ca. 1% Steuern zahlen mussten.

Doch wie genau funktionieren diese Steuertricks eigentlich und welche Möglichkeiten gibt es, diese zu unterbinden?

Zunächst einmal legt jeder Staat die Höhe der Steuer, die in seinem Land fällig ist, selbst fest. Besonders kleine Staaten und Inselgruppen können dabei häufig wirtschaftlich profitieren, wenn sie die Unternehmenssteuer sehr gering ansetzen, da sie damit große Unternehmen anlocken, welche wiederum für Arbeitsplätze und eine allgemeine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage sorgen. Diese Länder werden als Steueroasen

bezeichnet, wobei Irland, Luxemburg aber auch die Cayman-Inseln die wohl prominentesten Beispiele sind.

Wenn wir beim Beispiel Apple bleiben, zeigt sich schnell, wie große Konzerne diese Steueroasen nutzen können, um Steuern zu vermeiden, aber gleichzeitig in Kalifornien ihren Hauptsitz haben können. Zunächst wird dafür eine neue Firma gegründet, auf die alle Patente von Apples Produkten übertragen werden und dessen Hauptsitz in Irland liegt. Diese Firma ist aber weiterhin Teil des Apple-Konzerns. Für jedes Produkt, das Apple nun verkauft, verlangt die Firma in Irland eine Gebühr für die Nutzung der Patente. Somit macht Apple beim Verkauf beispielsweise in den USA keinen Gewinn, da die Kosten für das Patent so hoch sind. Die Firma in Irland erwirtschaftet dann die tatsächlichen Gewinne, muss diese aber fast gar nicht besteuern. Auch wenn dies natürlich stark vereinfacht ist, stellt es doch das Grundprinzip der Steueroptimierung dar.

Schon länger gibt es daher die Idee der globalen Mindeststeuer, welche einem multilateralen Abkommen auf eine Untergrenze für die Unternehmenssteuer gleicht. So soll zwar weiterhin jedes Land seine Steuern selbst bestimmen, es gäbe allerdings eine Untergrenze für die Unternehmenssteuer. Das Problem dabei ist natürlich, dass Steueroasen ihr hochprofitables Geschäft mit der Steuerflucht nicht einfach aufgeben wollen, weshalb erste Anläufe in den letzten Jahren immer wieder scheiterten.

Der Vorstoß des neuen US-Präsidenten Biden feuert die Diskussionen rund um eine globale Mindeststeuer allerdings in den letzten Tagen wieder an. Bei einem Treffen mit der Weltbank und

dem Internationalen Währungsfond sprach sich Bidens Finanzministerin Yellen für ein Ende der Steueroasen und einen Mindeststeuersatz für Unternehmen von 21 % aus, was deutlich über den bisherigen Vorstellungen von 15 % liegt. Die Ursache für diesen Vorstoß beruht vor allem in dem neuen Infrastrukturprogramm Bidens, welches über 2,3 Billionen Dollar für Stromleitungen, Straßen und Brücken vorsieht. Joe Biden sieht in den höheren Steuereinnahmen durch Unternehmen, die eine globale Mindeststeuer für den amerikanischen Staatshaushalt bedeuten würde, eine Möglichkeit dieses Paket nie dagewesenen Ausmaßes zu finanzieren. Da vor allem die Unternehmen von der verbesserten Infrastruktur profitieren werden, wäre die Mindeststeuer auch eine Möglichkeit diese dafür zahlen zu lassen.

Besonders wirkungsvoll ist Bidens Vorstoß aber vor allem aufgrund einer Möglichkeit, welche die USA haben, um Steueroasen auszutrocknen: die Anhebung der nationalen Ausgleichssteuer. Vereinfacht gesagt würde diese bedeuten, dass Unternehmen in Zukunft auch auf Auslandsgewinne 21% Steuern in den USA zahlen, wobei sie in Irland weiterhin nur 1% zahlen müssen, in den USA dann aber die Differenz abgeben. Dies würde die Attraktivität von Steueroasen enorm senken und den Anfang vom Ende der „Steuergestaltung“ einläuten.

Kategorie: Diverses

Die „European Super League“: Geld gegen Tradition

Mathis Glöckner

In der Nacht vom 18. zum 19. April 2021, veröffentlichte ein Verband aus 12 europäischen Fußballklubs ein elitäres Konzept, vor dem Experten schon lange gewarnt hatten: Die European Super League. Durch einen völlig neuen Wettbewerb sollte der Profisport so stark wie nie zuvor finanziell ausgeschlachtet werden. Es begann ein Wettlauf voller Drohungen, Proteste und Konflikten, der 48 Stunden später vorerst einen Sieger fand, welcher letztendlich jedoch eher das kleinere Übel, als das rettende Ufer darstellte.

„Die Super League soll den Fußball retten“ lautete das Statement des Planungsmitgliedes des neuen Projekts und Vorsitzenden des spanischen Fußballvereins Real Madrid, Florentino Perez. Und tatsächlich war die neue Liga zu Teilen auch genau darauf ausgelegt, den durch die Pandemie geschwächten Vereinen aus ihrem kritischen Zustand zu helfen. Doch dabei ließ Perez gekonnt unbeachtet, dass sein neues Konzept nur 12-20 aller europäischen Teams aus der finanziellen Not retten würde.

Um verstehen zu können, wie genau diese Hilfe gedacht war und warum sie schließlich solch eine Lawine an Protesten und Konflikten auslöste, ist es wichtig, sich über die Ausgangslage der öffentlichen Bekanntmachung der „European Super League“ im Klaren zu sein:

Mit dem Beginn der Pandemie erstarb das öffentliche Leben und so auch die Haupteinnahmequellen der Top-Ligen, da keine Fans mehr in die Stadien durften. Nach längerem Bemühen wurde es den Vereinen zwar möglich gemacht, sowohl in nationalen als auch internationalen Wettbewerben wieder gegeneinander anzutreten, jedoch konnten die steigenden TV Einnahmen nicht den Verlust der

jeweils bis zu 80.000 verkauften Karten pro Spieltag decken. Das hatte zur Folge, dass, noch bevor der Ball wieder zu rollen begann, einige Vereine ein SOS Signal absetzten, weil sie am Rande der Insolvenz standen. Darunter befanden sich besonders viele deutsche Vereine, denen es aufgrund einer speziellen Regel nicht möglich war, den Verein an einen festen Inhaber zu verkaufen. Klubs wie Manchester City, oder Paris Saint-Germain hatten dagegen weniger mit der Situation zu kämpfen, da sie durch die großzügigen Spenden der klubeigenen Investoren aus Katar und Saudi-Arabien aufgefangen wurden.

Ironischerweise enthielt die „rettenden“ Super League nun bedeutend wenig Vereine ohne festen Besitzer. So werden von den ehemaligen 12 Gründervereinen der Liga nur Real Madrid und der FC Barcelona von keinem festen Investor besessen. Die restlichen Vereine (Atlético Madrid; AC Mailand; Inter Mailand; Juventus Turin; FC Liverpool; FC Chelsea; FC Arsenal; Tottenham Hotspur; Manchester United; Manchester City) werden dagegen von einem festen internationalen Konzern gestützt. Diese Teams wollten nun zusammen mit dem FC Bayern München, Borussia Dortmund und Paris-Saint Germain (Diese sollten ebenfalls zu Gründervereinen der Liga werden), sowie 5 jährlich wechselnden Vereinen, die neue Eliteliga gründen.

Die Motivation der Vereine, an solch einem Wettbewerb teilzunehmen, kam dabei natürlich auch nicht von irgendwo. Zwar wiesen Befürworter der „European Super League“ immer wieder auf die Menge der dadurch entstehenden Top-Spiele und die dadurch neu gewonnene Spannung im europäischen Fußball hin, jedoch versuchten sie durch diese Aussagen nur das zu verstecken, was eigentlich im Blickfeld der Vereine und der Veranstalter stand: Das Geld. Die amerikanische

Bank „JPMorgan Chase“ versprach der „Super League“ ein Startkapital von 3,5 Milliarden Euro, von dem auch die Teilnehmenden Mannschaften ordentlich profitieren sollten. So winkte jeder der 12 Mannschaften eine einmalige finanzielle Unterstützung von 350 Millionen Euro, welche die Vereine in der Corona-Krise wieder in ein finanzielles Gleichgewicht bringen sollte. Dabei wird jedoch vermutet, dass das Konzept in dieser Art auch schon vor der Pandemie aufgestellt wurde. Die Corona-Krise war somit einfach nur ein hilfreiches Argument, um der Außenwelt erklären zu können, warum gerade diese Mannschaften noch mehr Geld erhalten sollten. Mit den 350 Millionen Euro im Gepäck und vielen neuen Spielern sollte dann schließlich auch der eigentliche Wettbewerb starten. Dieser bestand aus einer Gruppenphase mit anschließendem Viertel- und Halbfinale und einem großen Endspiel. Auch hier sollten die Gründervereine Sonderregelungen genießen, da sie niemals aus der Liga absteigen könnten. Nur die 5 weiteren Teams müssten eine erneute Qualifikationsphase durchlaufen, um erneut an der Liga teilzunehmen, während die 15 anderen Mannschaften unabhängig von ihrer Platzierung ewig im Wettbewerb bleiben würden.

Spätestens an dieser Stelle wurde ein Problem sichtbar, wegen dem schließlich tausende Fans auf die Straße gingen. Der Unterschied zwischen den Top Vereinen und ihren nationalen Konkurrenten, würde erneut um einiges vergrößert werden. Das zeigt sich beispielsweise sehr gut am FC Bayern München: Schon jetzt haben die Münchener ein klares Übergewicht in der Bundesliga und gewinnen die Meisterschaft Jahr für Jahr ohne größere Probleme. Würde der Verein nun jedoch auch noch unter der Woche an der „European

Super League“ teilnehmen, dort die 350 Millionen Euro Startkapital einkassieren und darüber hinaus durch die hohen Einschaltquoten auch noch einiges an TV Geldern erhalten, würden sich die Münchener leistungstechnisch noch stärker von den anderen Klubs der Bundesliga unterscheiden, wodurch jegliche Spannung im Kampf um die Meisterschaft erstarren würde. Weniger Spannung, bedeutet weniger Zuschauer, die sich die Spiele weiterhin anschauen, und weniger Zuschauer bedeuten weniger Einnahmen für die Vereine, die nicht an der „European Super League“ teilnehmen. So würden die nationalen Ligen Stück für Stück aussterben, bis schließlich nur noch die 15 Gründervereine finanziell in der Lage wären, die Kosten ihrer Spieler zu decken.

Die Proteste der Fans wären im Hinblick auf die winkenden Geldsummen für die Vereine sicherlich einfach zu ignorieren gewesen, jedoch hatten die Veranstalter der Super League noch einen weiteren entscheidenden Gegenspieler, den sie wohl etwas unterschätzt hatten: Die UEFA (Veranstalter von Champions- und Europa League). Diese musste nun nämlich um ihre Top Mannschaften bangen, deren Verlust auch einen großen finanziellen Nachteil mit sich bringen würde. Sofort fuhr der Vorsitzende der „Union of European Football Associations (UEFA)“ Alexander Ceferin all seine Geschütze auf, um den größtmöglichen Druck auf die 12 Verfasser des Statements auszuüben. So wurde allen Vereinen mit einem sofortigen Ausschluss aus der Europa und Champions League gedroht, auch, wenn sich einige von diesen noch im laufenden Wettbewerb befanden. Jedoch sollten nicht nur die Vereine, sondern auch die Spieler der Vereine bestraft werden, indem ihnen in Zukunft die Teilnahme an der Europameisterschaft mit ihrem Nationalteam untersagt werden würde.

Die Drohungen zeigten schnell ihre Wirkung. Zuerst sprachen sich der FC Bayern München, Borussia Dortmund und Paris Saint-Germain, deren Statement zur Teilnahme an der „European Super League“ bis zu diesem Zeitpunkt noch ausstanden, klar gegen den Wettbewerb aus, woraufhin ein Verein nach dem anderen (den Startschuss gab dabei Manchester City) seine Teilnahme zurückzog. 2 Tage nach der großen Veröffentlichung des neuen Projekts, schien die Liga somit schon gescheitert.

Warum die Gründervereine, den auch bei einem Ausschluss aus der Champions- und Europa League durch die Teilnahme an der „Super League“ ein finanzieller Vorteil gewunken hätte, plötzlich so schnell einknickten, wurde erst einige Tage später klar, als sich die Aufregung schon wieder etwas gelegt hatte. Denn während die Fans auf der Straße gegen das neue Projekt protestierten beschloss die UEFA, ohne viel Aufmerksamkeit zu erregen, eine neue Reform ihrer internationalen Wettbewerbe, die unter anderem ebenfalls darauf abzielte, dass Top Klubs auch in einer eher schwächeren Saison nicht mit einem finanziellen Nachteil zu rechnen hätten. Gerüchten zufolge, soll für dieses Projekt auch schon ein Sponsor gefunden sein, der sogar 9 Milliarden Euro zu dem neu geformten Wettbewerb beitragen würde, wovon sicherlich auch die 12 Gründerklubs der gescheiterten „Super League“ stark profitieren würden.

Die Folgen, welche die „Super League“ und die neue Champions League mit sich ziehen, sind so auf längere Zeit gesehen ziemlich gleich. Die stärkeren Vereine verdienen mehr und mehr Geld, wodurch sie sich noch stärker von ihrer nationalen Konkurrenz abheben. Das führt dazu, dass die Spannung in den nationalen Ligen immer weiter sinkt. Mit der Zeit können „kleinere“ Vereine ihre

Spieler nicht mehr halten, wodurch es ihnen noch weniger möglich wird, mit den großen Klubs mithalten. Es bildet sich ein Monopol aus einigen Mannschaften, die den Kampf um die Meisterschaft und die Champions League jedes Jahr aufs Neue nur noch unter sich austragen. So bildet sich auf ganz „natürlichem Wege“ eine Super League, deren Entwicklung jedoch keinen starken Gegenspieler mehr hat, da sie mit der UEFA den mächtigsten Verband des Fußballs hinter sich hat.

Die „European Super League“ hat es der UEFA also ermöglicht, ihre stark umstrittenen Pläne durchzusetzen und sich dabei noch als den großen Beschützer des Fußballs darzustellen. Und so gewinnt am Ende einer Woche voller Schlagzeilen, Drohungen und Protesten letztendlich doch das Geld gegen Fairness und Tradition.

Konsumverhalten – Begierde, Einfluss und Umgang

Von Emilia Bake

Entscheiden, Kaufen, Gebrauchen und wieder Entsorgen. Dieser Prozess ist ein täglicher Ablauf im Leben aller Menschen. Konsumieren ist für Menschen in Industrieländern ein selbstverständlicher Teil des Alltagslebens. Konsumieren lassen sich nicht nur Produkte, die man kauft, also materielle Sachen, wie Kleidung, sondern auch Dienstleistungen, die man nutzt, wie zum Beispiel im Internet surfen. Soziologisch betrachtet, also aus der Perspektive, die die Lehre der Gesellschaft beschreibt und soziales Verhalten der Menschen erforscht, ist Konsum soziales Handeln mit verschiedenen gesellschaftlichen und individuellen Funktionen. Konsum dient aber natürlich nicht nur der Befriedigung elementarer

Bedürfnisse, also z.B der Beseitigung von Hunger, Stillen von Durst und Anschaffung von Bekleidung etc., sondern auch der Selbstverwirklichung. Konsumgüter sollen daher nicht nur funktional sein, sie sollen zudem die eigene Persönlichkeit unterstreichen. Sie werden gebraucht, um sich selbst hervorzuheben und seinen Lebensstil wieder zu spiegeln. Diese Funktion des Konsums als Selbstverwirklichung und der damit einhergehende Lebensstil wird als Konsumismus bezeichnet. So wird schnell klar, Kleidung ist nicht einfach Kleidung. Sie kann das äußere Erscheinungsbild problemlos verändern, Kleidung kann einem Menschen Kraft und Selbstsicherheit geben und auch den ersten Eindruck von einer Person beeinflussen. Diese Punkte können jedoch auch zu einem Problem werden. Es gibt z.B immer neue modische Sachen zukaufen, einige Kaufhausketten gehören zu den Fast-fashion-Unternehmen, das bedeutet das jeden Monat eine neue sogenannte Kollektion heraus kommt, was bedeutet, dass die vom vorherigen Monat schon längst wieder „Out“ ist. Das hat zur Folge, dass jeder/jede Konsument*in auch jeden Monat immer aufs neue die Möglichkeit bekommt sich selbst zu verwirklichen. Das bedeutet neue Massen an Klamotten zu verbrauchen, was für die Wirtschaft neuen Profit bedeutet, so also für die Unternehmen von Vorteil ist. Doch für das Klima, die Umwelt und künftige Generationen negative Auswirkung hat. So entsteht Konsumverhalten nicht einfach, sondern wird durch einen mehrphasigen Prozess entwickelt. Die erste Phase wird als Entscheidungsphase bezeichnet. In ihr wird das Bedürfnis nach einem Konsumgut geweckt und der Kauf gedanklich geplant. Man kann es sich so vorstellen: Man guckt in ein Schaufenster und sieht ein Kleidungsstück, das einem gefällt. Die zweite Phase wird ganz

einfach „Kauf“ genannt. In ihr ist das gedankliche planen schon vollendet und man setzt sein Vorhaben in die Tat um, das Kleidungsstück wird also gekauft. Die dritte Phase trägt den Namen „Verwendungsphase“. Das erfolgreich erworbene Kleidungsstück wird genutzt und verbraucht, also getragen. Als letztes folgt die Phase in der die Kleidung aufgetragen, kaputt oder dem Träger nicht mehr gefällt. Das Konsumgut muss infolge entsorgt oder im besten Fall wiederverwendet oder verwertet werden. Für den/die Besitzer*in des Kleidungsstückes ist das Konsumgut nur noch ein altes Stück Stoff und hat keinen Wert mehr in dessen Leben. Doch was viele nicht bedenken, wenn sie einen Sack voller Klamotten in den Altkleidercontainer werfen, dass durch diese Handlung die Konsumgüter nicht ein für alle mal beseitigt sind. Denn der Weg für sie fängt eigentlich erst an.

Es gibt noch einen weiteren Begriff, der in eine ähnliche Richtung wie der Konsumismus zielt. Eine Konsumgesellschaft ist gekennzeichnet durch eine relative hohe Massenkauflkraft (Beispiel: Fast-fashion), materiellen Wohlstand sowie durch Massenproduktion preisgünstiger und leicht beschaffbarer Verbrauchs- und Gebrauchsgüter, denn um so günstiger etwas ist, um so mehr Masse kann man insgesamt konsumieren. Letztendlich kauft man so aber nur für die Müllhalde. Bestimmt werden die Interessen der Bürger in einer Konsumgesellschaft weniger von eigenen Bedürfnissen und Interesse, als vielmehr durch Massenmedien, Werbung und politische Propaganda, also Beeinflussung des allgemeinen Bewusstseins in bestimmter systematischer Weise. Diese sogenannte Manipulation wird jedoch meist nicht bewusst wahrgenommen. Die Sehnsüchte nach Zugehörigkeit und Identität, die durch den Akt

des Konsumierens gestillt werden sollen, sind die Anknüpfungen für Werbung und Marketingstrategien. Sie nutzen diese Wünsche aus, um ihr Produkt zu verkaufen. Das Ziel ist, bei den Menschen „Bedürfnisse“ zu wecken, die vor der Existenz mancher Produkte vielen niemals in den Sinn gekommen wären. Die Werbemacher versuchen das Produkt makellos wirken zu lassen, so als würde sich jeder der dieses Produkt besitzt, damit besser fühlen. Sie wollen quasi ein Lebensgefühl mitverkaufen und jeden so in ihren Bann hineinzuziehen. Und häufig klappt das auch ziemlich gut und problemlos, denn Werbung ist überall: auf Plakaten, an Bushaltestellen oder Gebäuden, im Internet, Zeitschriften, Fernsehen, Radio, Kino oder auf Labels z.B. an T-Shirts oder Taschen. Man kann ihr also nicht entkommen.

Werbefirmen versuchen auch mit ihren Marketingstrategien besonders die jugendliche Zielgruppe zu erreichen. Sie geben sich alle Mühe, die Jugendlichen mit immer neuen Produkten anzusprechen. In einer Umfrage haben Personen zwischen 14 und 24 Jahren ihr Konsumverhalten geschildert. Dabei wird klar, dass nicht alles, was gekauft wird, den Jugendlichen wirklich wichtig erschien, 50 Prozent wurde sogar als überflüssig betrachtet. Doch nach welchen Kriterien kauft man eigentlich Konsumgüter?

Eine Studie des Deutschen Jugendinstituts München untersucht das Konsumverhalten von Jugendlichen und kam dabei zu folgenden Ergebnissen:

8 Prozent kaufen Dinge, um bei Freund*Innen Eindruck zu machen.

19 Prozent achten darauf, dass die Güter, die sie kaufen, auch von Freund*Innen positiv bewertet werden.

Für 27 Prozent sind Konsumartikel Mittel zur Selbstdarstellung.

38 Prozent wollen stets über Produkte und Marken auf dem Laufenden sein.

Die restlichen 43 Prozent bevorzugen Markenprodukte. Bei dieser Statistik wird schnell deutlich, dass Alles immer neu sein muss, von Freunden gemocht oder Wohlstand ausdrücken soll. Es wird allerdings nirgendwo aufgelistet, dass jemand z.B. darauf achtet Fair Trade zu kaufen, Second-Hand oder auf Billigware verzichtet. Denn genau diese Vorsätze würden den Verbrauch von Gütern um Einiges reduzieren. Denn es wird klar, dass das derzeitige Konsummodell an ökologische Grenzen stößt. Erschreckender Weise würde man drei Erden benötigen, würden alle Menschen auf der Erde einen ähnlichen ressourcenintensiven Lebensstil pflegen, wie hier in Europa. Letztendlich merkt man, dass Konsum positive, als auch negative Seiten hat. Positiv ist, dass er Bedürfnisse befriedigt, er ermöglicht Teilhaben am gesellschaftlichen Leben, es führt zu Wertschöpfung und schafft neue Arbeitsplätze. Der Bereich des Konsums macht ca. 75 Prozent der Wirtschaftsleistung aus, privater Konsum hat einen Anteil von 50-60 Prozent daran. Das hohe Konsumniveau hat jedoch auch zahlreiche negative Konsequenzen. Der Umwelt wird geschadet, den Menschen und ganz besonders zukünftigen Generation. Jedes Produkt muss außerdem produziert und transportiert werden, benötigt beim Gebrauch Energie und muss schließlich entsorgt werden. Damit einhergehen Ressourcen- und Energieverbrauch, Abfälle und Emissionen. Die Gewinnung der Rohstoffe, Produktion und Entsorgung der Konsumgüter sind außerdem oftmals mit schlechten Arbeitsbedingungen, Ausbeutung und Gesundheitsgefahren verbunden.

Insbesondere Bekleidung wird meist von China aus nach Deutschland verschifft, gekauft, gebraucht und dann wieder außer Land gebracht z. B. nach Afrika, wo sie dann auf irgendeiner Müllhalde verrottet. Diese ganze Prozedur verbraucht Unmengen von Energie. Da ist es doch besonders besorgniserregend zu hören, dass die Textilindustrie zu den größten Konsumgüterbranchen in Deutschland zählt. So muss man leider sagen, die Deutschen sind Weltmeister im Bekleidungsverbrauch. Jede*r Deutsche kauft im Durchschnitt 40-70 Kleidungsstücke pro Jahr, also umgerechnet 11-15 kg. Damit sind wir gemeinsam mit den USA und der Schweiz an der Weltspitze. Weil die Deutschen sehr viel konsumieren, wird die Produktion eher China, der Türkei und Bangladesch überlassen. Daher hat ein Kleidungsstück, bis es bei uns im Schrank landet, meist schon eine komplette Weltreise hinter sich. Der erste Schritt beginnt mit der Baumwollproduktion. Rund die Hälfte aller Kleidung wird aus Baumwolle hergestellt. Hauptanbaugebiete sind die USA, China, Pakistan, Indien und Usbekistan. Weltweit wird ca. 34 Millionen Hektar Fläche Baumwolle angebaut. Das entspricht in etwa der Fläche Deutschlands. Vom Anbaugebiet wird die Baumwolle zum Verspinnen nach z. B. China geschickt und anschließend weiter zum Nähen. Diese Arbeiten werden vor allem in Asien, Lateinamerika oder Osteuropa ausgeführt - in Ländern, in denen billige Löhne und katastrophale Arbeitsschutzbestimmungen existieren. Die Fabriken sind marode und einsturzgefährdet. Desto heruntergekommen die Gebäude sind, umso weniger muss der/die Inhaber*in dafür bezahlen. Das bedeutet allerdings auch, dass keine Notausgänge, Feuerlöscher etc. vorhanden sind. Aufgrund solch fehlender Sicherheit ist in Bangladesch schon einmal in einer

Bekleidungsfabrik ein Feuer ausgebrochen, bei dem viele Menschen ums Leben kamen. Weiter geht es für die T-Shirts oder Jeans schließlich nach Deutschland, wo sie oft zu Schnäppchenpreisen verkauft werden. Vor allem deshalb und ist von Billigware abzuraten, doch auch teure Marken garantieren keine faire Entlohnung oder ökologische Produktion. Denn wie schon erwähnt verursacht der Transport der Zwischen- und Enderzeugnisse Emissionen, also Ausstoß von CO₂. Modellrechnungen ermittelten einen durchschnittlichen Transportweg von 19.000 km für ein Textilstück vom Rohstoff bis zum Fertigprodukt. Diese Transporte verursachen auch nochmal CO₂-Emissionen von 300-400g pro kg Bekleidung. Allein der Transport per Flugzeug verbraucht pro Tonne Jeans 131.040 Kilowattstunden Energie, das entspricht ungefähr der benötigten Energie für die Stromversorgung von 40 Haushalten in Deutschland für ein Jahr. Spätesten jetzt wird einem bewusst, was Konsumenten, der Umwelt alles zumuten.

Doch es wird nicht besser: durch die ausgebrochene Pandemie und die dadurch geschlossenen Kaufhäuser, Einkaufsläden und Butiken, hat der Konsum im Online-Handel rasant zugenommen. Es entstehen also nochmals mehr Abgase, durch das Ausliefern der bestellten Pakete.

In der Bekleidungsindustrie gibt es jedoch nicht nur ökologische Probleme, auch soziale und menschenrechtliche Problematiken sind vorhanden. Die Arbeitsbedingungen auf den Baumwollfeldern, den Spinnereien und Nähereien sind oft katastrophal. Weltweit arbeiten rund 100 Millionen Menschen in der Baumwollproduktion. Diese Arbeit ist häufig sehr schlecht bezahlt, doch die ArbeiterInnen haben keine andere Wahl. Sie müssen irgendwie ihre Familien ernähren, obwohl

der geringe Lohn selbst dafür manchmal nicht reicht. Denn von einer Jeans, die 50 Euro kostet, fließen lediglich 7 Euro zur Jeans-Fabrik. Die Lohnkosten machen gerade einmal 1 % des Preises aus. 1 Prozent des Jeanspreises geht als Lohn an alle ArbeiterInnen, die Materialkosten machen 13 Prozent aus, die Transportkosten und sonstige Gebühren z. B. Zoll belaufen sich auf 11 Prozent. 25 Prozent des Jeanspreises fließen an die Markenfirma für Werbung, Forschung, Entwicklung und Design. Die restlichen 50 Prozent, entfallen auf den Einzelhandel für Verkaufspersonal, Ladenmiete und Verwaltung+Gewinnspanne. Zu dem geringen Lohn hinzukommt, dass sie giftigen Pestiziden ausgesetzt sind, da sie vielfach nicht über adäquate Schutzkleidung verfügen. Die NäherInnen arbeiten bis zu 16 Stunden am Tag, ohne soziale Absicherung. Zudem sind die Sicherheitsvorkehrungen in den Fabriken oftmals mangelhaft. So kommt es, wie auch schon erwähnt, immer wieder zu Bränden und Todesopfern. Die großen Firmen beuten die kleineren Firmen aus. Sie werden unterdrückt und schlecht behandelt. Es müssen sogar manchmal Kindern auf den Feldern mitarbeiten und das unter körperlich schweren Bedingungen. Anstatt Spaß zu haben und sorgenlos zu sein, müssen auch schon noch ganz junge Kinder ihrer Familie helfen zu überleben und Geld zu verdienen. Für Kinder in Deutschland unvorstellbar.

Doch was eigentlich tun, um das zu verbessern, bzw. nicht zu unterstützen?

Hilfreich wäre als Erstes einmal das Motto „Woher“ und „Wie viel“. Wenn man sich diese Fragen immer wieder vorhält, kann man es schaffen nicht mehr den Massenkonsum zu unterstützen. Um auf das „Woher“ zurückzukommen: am besten kauft man so, dass man weiß, wo diese Sachen produziert

worden sind, unter welchen Bedingungen die ArbeiterInnen arbeiten mussten und aus welchen Materialien der Stoff hergestellt worden ist. Am besten ist Biobaumwolle aus fairem Handel. Wenn man allerdings diese Kriterien beim Einkauf nicht immer erfüllen kann, sollte man auf jeden Fall auf das „wie viel“ achten. Um sich das besser vorzustellen: es ist genauso wie beim Fastfood essen. Ab und zu mal und in gewissen Mengen ist es ok, doch wenn man es in Massen konsumiert kann es z. B. der Gesundheit schaden. Was hilft ist, die Bekleidung die man schon hat länger zu tragen und sich beim Kauf neuer Kleidung zu fragen „brauche ich das wirklich?“ oder ob es nach ein paar mal tragen sowieso schon wieder „out“ ist und nicht mehr gefällt. Auch noch ein sehr guter Tipp ist es, sich mit Bekleidung vom Flohmarkt oder aus dem Second-Hand-Laden einzudecken. Dort gibt es häufig ausgefallene Teile, die nicht JedeR trägt. Man muss Sachen auch nicht gleich kaufen, sondern kann sie sich auch leihen, teilen oder tauschen, mit z.B. Freunden oder innerhalb der Familie, das nennt sich dann „Refuse“, also das Neukaufen „ablehnen“. Wenn alle Menschen so handeln würden, könnte sich unser Konsumverhalten um einiges verbessern und man könnte auch der Umwelt einen großen Gefallen tun. Mit diesen Verbesserungsmöglichkeiten wird die Hoffnung größer, dass aus dem „könnte“ ein „kann“ wird und auch noch die zukünftigen Generationen die Chance bekommen die Ressourcenvielfalt schätzen zu können.

Empfehlungen der Woche

Wie in jeder Woche wollen wir euch noch einige Hinweise zu Artikeln, Podcasts oder Videos mitgeben, die wir für besonders spannend und relevant erachtet haben, oder inhaltlich an einen der Artikel anschließen.

Die Empfehlungen der Woche sind auf unsere neue Website umgezogen: unter <https://politiknewsletter.eu/weiterfuehrende-links> umgezogen. Dort werden sie auch fortlaufend aktualisiert. Schaut also gerne vorbei!

Ihr seid gefragt!

Vielen Dank fürs Lesen!

Falls ihr Rückmeldungen, Fragen, Diskussionsanregungen, etc. habt, scheut nicht davor uns eine E-Mail zu schreiben an mail@politiknewsletter.eu! Natürlich könnt ihr euch auch direkt an die einzelnen Verantwortlichen wenden (per Katharineums-Mail). Habt ihr selber Ideen oder wollt euch gerne beteiligen? Schreibt uns einfach eine E-Mail an mail@politiknewsletter.eu, wenn ihr mitmachen wollt. Wir freuen uns auf euch!

Impressum

Jegliche Aussagen der Artikel sind einzig und allein Meinung der Autor*innen und stehen in keinem Zusammenhang zum Katharineum zu Lübeck oder der Schüler*innenvertretung am Katharineum zu Lübeck.

Artikelautor*innen (verantwortlich für den Inhalt ihres Artikels): Carlos Krieger, Hangzhi Yu, Simon Fetscher, Oskar Meier, Louisa van Wees, Max Knopp, Mathis Glöckner, Emilia Bake

Layout und Textsatz: Hannes Ahrens, Hangzhi Yu

Koordination: Hannes Ahrens, Stine Bartram

Leitung: Simon Fetscher, Hangzhi Yu

Quellen

Jegliche Quellen für unsere Artikel sind online auf der Seite des politischen Newsletters der SV zu finden. <https://politiknewsletter.eu>